Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 175. — Freitag den 29. Juli 1921. — 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Im **Kommunalverband Meißen-Land** kommen in der Woche vom 31. Juli bis 6. August auf sämtliche Nährmittelkarten, Abschnitt 15

350 Gramm amerik. Weizenmehl, Pfundpreis 3,75 Mark

zur Verteilung.

Meißen, am 27. Juli 1921. Nr. 294 IIb F. **Die Amtshauptmannschaft.**

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Aus Tagesbefehlen der polnischen Insurgentenarmee geht hervor, daß der vierte Aufstand unmittelbar bevorsteht.
* Die Kommunisten haben bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter eine Niederlage erlitten.
* Bei der Zusammenkunft des Obersten Rates, die am 4. August in Paris beginnen soll, wird sich Lloyd George durch Curzon und Balfour vertreten lassen.
* In Polen soll die allgemeine Dienstpflicht mit Hilfsdienstpflicht für Frauen eingeführt werden.
* Aus Moskau wird gemeldet, daß infolge der großen Unruhen der Belagerungszustand über Moskau proklamiert worden ist.
* Die in Kleinasien gegen die Griechen kämpfenden Kemalisten sollen die Absicht haben, Angora zu räumen.

Abrüstung und Staatskredit.

Im amerikanischen Kongreß sind, das wird niemand bestreiten wollen, der seinen zuweilen ziemlich krausen Verhandlungen zu folgen gewohnt ist, neben vielen absonderlichen manchmal auch schon recht gescheite Ideen zutage gekommen. Jenen wie diesen ist freilich häufig das gleiche Schicksal beschieden gewesen: sie sind sang- und klanglos wieder in das Meer der Vergessenheit zurückgesunken. Jetzt wird aus Washington gemeldet, daß der Senator Borah auf den Gedanken gekommen ist, vorzuschlagen, daß man den früher „assoziiert" gewesenen fremden Mächten, die bekanntlich während des Weltkrieges sehr tief in den amerikanischen Staatsschatz hineingegriffen haben, sich jetzt aber um Zinsenzahlung und Tilgung dieser Schulden recht wenig zu kümmern belieben, etwas kräftig auf die Füße treten möge. Insbesondere hat er es auf Frankreich abgesehen, das sich eine von vielen Amerikanern für unsinnig hoch gegriffene Truppenstärke auch für den Friedenszustand leistet, alle Abrüstungswünsche dagegen immer noch recht unwillig ablehnt. An Geld, sagt der Senator Borah, fehlt es ihm offenbar nicht. Nur daß es für die Stärkung des Militarismus Verwendung findet, statt den Gläubigern der französischen Republik nach Pflicht und Schuldigkeit zugute zu kommen. Also entweder wird diese, den Frieden bedrohende Geld- und Militärwirtschaft abgebaut, und damit zur Verwirklichung des Abrüstungsgedankens des Präsidenten Harding die Hand geboten, oder wir werden, sagt der amerikanische Senator, unsere Zinsen und Zinsforderungen rücksichtslos einziehen. Wir wollen doch einmal sehen, ob Frankreich, vor eine solche Entscheidung gestellt, sich nicht endlich eines besseren besinnen wird.

Ein ganz gescheiter Gedanke, ohne Frage. Nur kann niemand wissen, ob der Kongreß geneigt sein wird, ihm näherzutreten. Von allen öffentlichen Stellen der Vereinigten Staaten ist die herzliche Freundschaft mit Frankreich gerade in den letzten Zeiten wiederum so geflissentlich zur Schau getragen worden, daß man, wie wir vermuten, möchten, in Paris den Borahschen Wink mit dem Zaunpfahl kaum sonderlich ernst nehmen wird. Als Stimmungszeichen verdient er allenfalls Beachtung. Und soviel muß ja immerhin wohl unter allen Umständen als möglich gelten, daß, wenn die internationale Lage morgen oder übermorgen etwa wieder einmal ein neues Gesicht zeigen sollte, auch die offizielle Politik der Union genötigt sein könnte, Frankreich gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Uns Deutsche geht im Augenblick allerdings eine andere Frage mehr an. In Washington wird ja der Kriegszustand mit Deutschland nach Annahme und Unterzeichnung und Veröffentlichung der bekannten Kongreß-Resolution als beendet angesehen. Man muß infolgedessen nunmehr auch der Frage näherireten, was mit dem während des Krieges beschlagnahmten und liquidierten deutschen Eigentum geschehen soll. Die Behandlung dieser Frage wird erkennen lassen, was wir in wirtschaftlicher Beziehung demnächst von Amerika zu erwarten haben. Bislang ist man um sie herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei. Nur soviel ist bekanntgeworden, daß ein Bericht der wirtschaftspolitischen Kommission an die Regierung die Freigabe dieses Eigentums empfiehlt. Er beruft sich dafür auf den Grundsatz der Unverletzbarkeit des Privateigentums, dessen ernente Festlegung durch die Vereinigten Staaten ihrer Stellung im internationalen Finanzleben ungemein zugute kommen würde. Zumal in diesen Zeiten der Unsicherheit in der ganzen Welt und gewisser Kriegserfahrungen auf diesem Gebiete, die sicherlich nicht so bald der Vergessenheit anheimfallen würden. Die Kommission verspricht sich von der Politik, die sie empfiehlt, eine ungemeine Stärkung des Ansehens, den der Dollarwechsel in der ganzen Welt genießt, und sie hofft auf diese Weise aus Amerika eine Freistatt für Kapitalsanlagen anderer Länder zu machen. Alle Völker erhielten so die Sicherheit einer im Krieg und Frieden unantastbaren kurzfristigen Goldanlage, und nicht zuletzt würde der Außenhandel der Vereinigten Staaten einen frischen Antrieb erhalten, weil auf diese Weise eine Unterlage für die Kreditoperationen und Mittel für Käufe in Amerika frei würden.

Man sieht, daß das brennende Verlangen, sich zur finanziellen Vormacht in der Welt zu entwickeln, in Amerika den Krieg und die Kriegsbündnisse überdauert hat. Ohne Zweifel bestimmt auch die Rücksicht auf diesen bedrohlichen Wettbewerb zu einem guten Teil die Stimmung, die in der englischen Geschäftswelt gegenüber Deutschland mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Man möchte es dort nicht noch einmal erleben, daß binnen wenigen Stunden über zwanzig Millionen Pfund Sterling von den britischen Banken fortgezogen und auf neutrale Häuser übertragen werden, wie das unmittelbar nach Abbruch der Londoner Verhandlungen vor sich ging. Doch lassen sich die Sünden, die am deutschen Eigentum in Europa wie in den überseeischen Kolonien überall dort, wo britische Herrschaftsgewalt hinreichte, verübt warden, nicht wieder gut machen. Die Amerikaner dagegen befinden sich noch in dieser angenehmen Lage, zumal das, was die amtlich bestallten Verwalter des deutschen Vermögens in Amerika sich an Verschleuderungen, Übervorteilungen und sonstigen Rechtswidrigkeiten geleistet haben, immer noch der endgültigen Genehmigung des Kongresses bedarf. Auch hier steht der Kongreß vor einer großen Aufgabe, und man muß anerkennen, daß bisher alle Versuche, die Praktiken dieser Vermögensverwalter in Bausch und Bogen rechtfertigen zu lassen, gescheitert sind. Um diese Frage wird noch ein heißer Kampf entbrennen, und man kann nur wünschen, daß das amerikanische Volksgewissen dabei in der Volksvertretung nicht zu kurz kommen möchte. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin verhandelt, wie man weiß, schon seit Wochen angelegentlich mit Herrn Dr. Rosen über die praktische Wiederherstellung des Friedens. Hoffentlich gelingt es, auf diesem Wege auch die hier angedeuteten weittragenden vermögensrechtlichen Fragen einer für beide Teile annehmbaren Lösung entgegenzuführen.

Polnische Rüstungen.

Enthüllungen über den neuen Putsch

Aus Mitteilungen des schlesischen Blattes Schwarzer Adler geht unzweifelhaft hervor, daß die Polen in ganz gefährlicher Weise den neuen Aufstand vorbereiten, und daß dieser Aufstand unmittelbar vor der Tür steht. Es werden fünf polnische Truppen-Tagesbefehle des sog. Armeestabes Ost-Oberschlesien abgedruckt. In diesen Befehlen werden genaue Angaben über die Bewaffnung der Insurgenten gemacht und schließlich angeordnet, daß vom 25. Juli ab die Offensive zu beginnen ist, und zwar hat der erste Abschnitt am 7. August vor Kosel zu stehen, der zweite Abschnitt vor Oppeln, der dritte Abschnitt vor Kreuzburg und der vierte Abschnitt auf der böhmischen Seite. Südlich der oberschlesischen Grenze in der Gegend von Dziedzitz im Teschener Ländchen bis zur tschechischen Grenze ist der

Aufmarsch polnischer Regimenter

festgestellt. Diese haben offenbar den Auftrag, bei erster bester Gelegenheit in den Kreis Pleß und in den Ostteil des Kreises Rybnik einzumarschieren und Südoberschlesien zu besetzen. Im Abstimmungsgebiet selbst arbeitet die polnische militärische Geheimorganisation weiter an Aufstandsvorbereitungen. Die militärische Führung des nächsten polnischen Aufstandes hat der polnische Generaloberst Tuschewsky übernommen. Das vorbereitende Hauptquartier befindet sich in Czenstochau und steht in regelmäßiger Verbindung mit Unterstellen in Rybnik, Nikolai und Schoppinitz. Die Armee nennt sich „Freiheitsarmee für Oberschlesien". Im Stab befinden sich polnische Offiziere. Daß diese Truppen entschlossen sind, ihr Ziel zu erreichen, ganz gleich ob der Oberste Rat Oberschlesien den Polen zuspricht oder nicht, geht aus einem Aufruf der Aufständischen hervor, in dem es heißt: „Wir erklären feierlich: Sollte der Oberste Rat nicht umgehend unseren Beschlüssen stattgeben, wie sie die Abstimmung erwiesen, werden wir uns als Staatsangehörige der polnischen Republik und die uns vom Vaterlande künstlich scheidende Grenze als nicht existierend betrachten."

Die Lage im Kreise Rybnik

hat sich verschärft. Hauptsächlich in der Stadt selbst, jedoch auch auf dem Lande verstärken sich die Insurgenten, und zwar durch Zuzug aus Kongreßpolen, auffallend schnell. Der polnische Kreisbeirat in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in den Händen und schickt sogar Fragebogen an die einzelnen Gutsvorstände, die die Anzahl der Bewohner, Menge des Getreides, Anzahl des Viehs und Übersichten über die Größe der einzelnen Gutsbezirke betreffen. Die „Emmagrube" hielt vor einigen Tagen eine Belegschaftsversammlung ab, in der von den Polen beschlossen wurde, sämtliche deutschen Beamten herauszuwerfen. Die „Donnersmarckgrube" wird von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. Die Händler aus der Umgebung von Ratibor, die zu jedem Wochenmarkt nach Gleiwitz kommen, haben erklärt, sie dürften vielleicht für längere Zeit zum letztenmal nach Gleiwitz gekommen sein, da die Insurgenten die offenkundige Absicht hätten, den Verkehr Gleiwitz—Ratibor neuerdings vollkommen zu unterbinden.

Lloyd George tut nicht mit.

Vorpostengefechte zur Pariser Konferenz.

Die Londoner und Pariser Meldungen über die diplomatischen Einigungsverhandlungen zur Frage der entscheidenden Beratung über Oberschlesien und der französischen Truppenentsendung in das Abstimmungsgebiet lassen deutlich erkennen, daß die Einigkeit zwischen der englischen und französischen Regierung nur sehr langsam und unvollkommen hergestellt werden kann, während man nach außen gern den Eindruck erwecken möchte, als ob nicht die geringsten Gegensätze beständen. Bis jetzt scheint man sich nur — wenn es nicht noch anders kommt — darüber verständigt zu haben, daß die Sitzung des Obersten Rates nunmehr am 4. August in Paris stattfinden soll. Eher kann dann auch von französischen Truppentransporten nicht gut die Rede sein, und auch eine Sachverständigenkommission, die die Franzosen durchaus nach Oberschlesien schicken wollten, kann in der kurzen Zeit bis zum Beginn der Konferenz nicht erst die weite Reise antreten. Wohl aber hat man den Franzosen das Zugeständnis gemacht, daß die Sachverständigen wenigstens in Paris noch vor der Konferenz zusammentreten sollen, um dem Obersten Rat ein Gutachten vorzulegen.

Wenn man sich so gegenseitig Schrittchen um Schrittchen entgegengekommen ist, so haben die Engländer doch zuletzt noch einen besonders vorsichtigen Schachzug getan. Lloyd George wird nämlich nicht persönlich an der Konferenz teilnehmen, auf der ja auch über die den Engländern so unerwünschte französische Truppensendung Beschluß gefaßt werden soll. **Lloyd George wird sich durch Lord Curzon und Balfour vertreten lassen.** Er selbst beabsichtigt, sechs Wochen Urlaub in Schottland zuzubringen und dann persönlich mit Balfour zur Washingtoner Konferenz zu reisen. Natürlich bleibt eine solche Konferenz des Obersten Rates mit Curzon und Balfour als Hauptverhändlern ein Experiment, und wenn es nicht glückt, hat Lloyd George immer noch freie Hand. Die „Times" halten es jetzt bereits für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Man spricht auf Grund dieser Sachlage von einem Erfolg der englischen Diplomatie in taktischer Beziehung. Die höfliche Wendung einer Reutermeldung, daß „weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden", bedeutet natürlich im Grunde nichts anderes, als daß die französischen Wünsche im Augenblick keine Aussicht mehr auf Erfüllung haben. Dementsprechend bereitet auch der „Temps" bereits darauf vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichten und sich mit einer Drohung am Rhein für den Fall deutscher Unruhen in Oberschlesien begnügen wird. England aber hält sich in keiner Weise für gebunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Lüge von der deutschen Kriegsschuld.

In einer Untersuchung neuen Tatsachenmaterials in den Süddeutschen Monatsheften kommt Professor Dr. Loessler zu dem Ergebnis, daß Deutschland den Weltkrieg nicht verschuldet, nicht gewollt und nicht herbeigeführt hat, und daß es den Krieg als Verteidigungskrieg hat auf sich nehmen müssen. Als neues Beweismaterial gegen die Schuldlüge enthält das Heft 50 feindliche Zeugenaussagen, die ebenfalls die deutsche Regierung von der Anklage reinigen, daß sie bewußt den Krieg gewollt oder gewünscht habe. Ferner wird mitgeteilt, daß die Veröffentlichung des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld vom 18. Juli 1914, die gegnerischerseits als besonderer Beweis für die deutsche Schuld am Krieg ausgebeutet wurde, eine Fälschung war. Weiter enthält das Heft den Brief eines französischen Matrosen, aus dem hervorgeht, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Marine unter dem Kommando eines englischen Admirals stand.

Der zukünftige Reichsrat.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF